

**Rede
der Sprecherin für Frauenpolitik**

Dr. Thela Wernstedt, MdL

zu TOP Nr. 39

Erste Beratung

Zukunft der Geburtshilfe in Niedersachsen sichern

Antrag der Fraktion der FDP – DRs. 18/1065

während der Plenarsitzung vom 22.06.2018
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident, meine Damen und Herren,

die FDP hat einen Entschließungsantrag zum Thema Geburtshilfe mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Der Schwerpunkt liegt auf Fragen der Ausbildung, auch wenn wichtige Versorgungsfragen angesprochen werden, wie die Vergütung von Geburtshilfe in unterschiedlichen Settings und der Frage nach einheitlichen Standards.

Wir haben in den vergangenen Jahren schon häufig zu Fragen der geburtshilflichen Versorgung in Niedersachsen debattiert, dabei haben auch Fragen der Ausbildung eine Rolle gespielt.

Es gibt schon lange Jahre eine Debatte über die Zukunft der Ausbildung der Hebammen. Die Hebammenverbände argumentieren mit der Richtlinie 2013/55/EU des Europäischen Parlamentes, die eine grundständige akademische Ausbildung in allen Mitgliedsstaaten fordert, um eine solche auch in Deutschland zu erreichen.

Deutschland, Luxemburg und Estland haben die Ausbildung bisher nicht akademisiert. Der Wissenschaftsrat forderte 2012 eine akademische Quote von 10-20 Prozent in Deutschland. Der Deutsche Hebammenverband fordert eine grundsätzliche Akademisierung. Klar ist, unabhängig davon, welche Quote man für richtig hält, dass die Ausbildung reformiert werden muss in Richtung auf Akademisierung, d. h. auf jeden Fall die heute schon vorhandenen Studienmöglichkeiten weiter auszubauen.

Die meisten Hebammen werden in Schulen ausgebildet, Niedersachsen hat an der Hochschule in Osnabrück einen BA-Studiengang unter Leitung von Frau Professorin zu Sayn-Wittgenstein und an der Medizinischen Hochschule Hannover unter Leitung von Frau Professorin Groß einen internationalen Masterstudiengang.

In Hannover ist zusätzlich Bewegung in die Ausbildung geraten, weil mit der Schließung der geburtshilflichen Abteilung im Klinikum Region Hannover eine

traditionsreiche Hebammenschule geschlossen bzw. transformiert werden musste. Hannover ist damit ein Standort für dynamische Weiterentwicklung der Hebammenausbildung. Mit dem Gesundheitscampus Hildesheim-Göttingen werden andere medizinische Ausbildungsberufe akademisiert. In Niedersachsen ist in den letzten Jahren viel geschehen, und es ist weiter Bewegung.

Weil wir hier ein gutes Potenzial haben, kann man weiterdenken: für eine weitere Akademisierung, aber auch für gute Forschung braucht es aus meiner Sicht eine feste Zusammenarbeit mit medizinischen Fakultäten. Das darf aber nicht bedeuten, dass die Hebammen hierarchisch unter Professuren für Frauenheilkunde eingeordnet werden, sondern eigene gleichwertige Lehrstühle haben.

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass medizinische Geburtshilfe und Hebammenwissenschaft in der Forschung voneinander profitieren können und eng zusammenarbeiten müssen. Daher sollte eine feste Kooperation eines jeden Instituts für Hebammenwissenschaft an Hochschule oder Universität mit einer medizinischen Fakultät vereinbart werden. In Hannover wäre das denkbar unkompliziert, in Göttingen und Hildesheim ist mit dem Gesundheitscampus auch schon gute Vorarbeit geleistet worden, Osnabrück lässt sich mit Oldenburg-Groningen zusammendenken.

Ich rede nicht einer sofortigen hundertprozentigen Akademisierung das Wort. Unsere schulischen Ausbildungen sind sehr gut und die ersten Erfahrungen mit dualen Studiengängen sind ebenfalls gut. In einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe wird derzeit intensiv über Fragen der Weiterentwicklung der Hebammenausbildung gesprochen.

Schade ist, dass bisher auch in Niedersachsen noch nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wurde, einen Modellstudiengang einzurichten. Ich glaube auch, dass die Einrichtung eines Lehrstuhls für Hebammenwissenschaft an der MHH gut wäre, um die jahrelange Vorarbeit in Bezug auf die Ausbildung und die herausragende Hebammenforschung, die von Frau Professorin Groß gemacht wird, für die MHH gesichert wird!

Der FDP-Antrag enthält noch einige interessante detaillierte Ansätze, die wir im Ausschuss intensiv diskutieren werden.

Zur weiteren inhaltlichen Beschäftigung wird es hilfreich sein, sich mit den Ergebnissen des Rundes Tisches Geburtshilfe Baden-Württemberg zu beschäftigen. Die Probleme in der geburtshilflichen Versorgung sind vielfältig und schwierig zu beheben. Das wissen wir. Ich nenne nur die Stichworte Vergütung der Fallpauschalen und Sonderentgelte, Haftpflichtprämien für niedergelassene Hebammen, Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen ärztlicher Geburtshilfe und Hebammen.

Nach Absprache insbesondere mit der FDP beantrage ich, dass der Antrag an den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung überwiesen werden soll und der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst mitberatend ist.

Ich sehe der fachlichen Debatte mit Freude entgegen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.